



# Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

## Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Naiga Ngawanzu

Telefon: (0221) 221 22928

Fax: (0221) 221 25501

E-Mail: [naiga.ngawanzu@stadt-koeln.de](mailto:naiga.ngawanzu@stadt-koeln.de)

Datum: 29.09.2023

## Niederschrift

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 05.09.2023, 17:00 Uhr bis 19:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

## Anwesend waren:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Jörg Detjen	DIE LINKE
Hans Schwanitz	GRÜNE
Ralf Klemm	GRÜNE
Christine Seiger	GRÜNE
Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Dr. John Akude	CDU
Claudia Heithorst	CDU
Werner Marx	CDU
Malik Karaman	SPD
Erika Oedingen	SPD
Volker Görzel	FDP
Sven Maier	Auf Vorschlag von Volt

### Beratende Mitglieder

Tom Geffe	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Gertraud Mittermaier	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Marvin Simon	Auf Vorschlag der CDU
Monika Möller	Auf Vorschlag der SPD
Lina Hellekes	Auf Vorschlag der FDP
Philipp Juchem	Auf Vorschlag von Volt
Peter Jüde	Auf Vorschlag von GUT Köln



Der Vorsitzende des Ausschusses Jörg Detjen begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 6.5 Kulturförderabgabe – Zusätzliche Veranlagungen  
Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 14.2  
2622/2023  
*Tischvorlage*
  
- 6.6 Sachstandsbericht zum "Prüfbericht Gesteigerte Kostensicherheit durch Risiko-  
kzuschläge bei Baumaßnahmen"  
2849/2023  
*Tischvorlage*
  
- 9.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:  
31.07.2023  
2766/2023  
*Tischvorlage*
  
- 10.5 Kulturtransporte  
Anfrage von Werner Marx  
Rechnungsprüfungsausschusses vom 13.06.2023, TOP 17.3  
2676/2023
  
- 14.3 Festsetzung und Erhebung der Kulturförderabgabe bei 21 - Steueramt  
Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 14.2  
2697/2023  
*Tischvorlage*
  
- 14.4 Prüfung der Sozialversicherungsbeiträge der notärztlichen Honorare im Ret-  
tungsdienst bei der Feuerwehr Köln  
Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 15.9  
2650/2023  
*Tischvorlage*

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor:

„Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Stadt Köln zum 31.12.2020“

Jörg Detjen lässt über die Behandlung in der heutigen Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Die Vorlage wird unter TOP 5.3 in die Tagesordnung aufgenommen.

Auf Vorschlag von Hans Schwanitz wird TOP 6.6 und 14.4 zurückgestellt.

Zudem wird auf Vorschlag von Jörg Detjen TOP 6.5 und 14.3 zurückgestellt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
  - 3.1 Mehr Transparenz schaffen: Keine Geschäfte mit Firmen aus Steueroasen  
AN/1188/2023
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
  - 5.1 Entwurf des Jahresabschlusses 2021  
2386/2023
  - 5.2 Kostenentwicklung bei Bauprojekten (ersetzt die von der Verwaltung zurückgezogene Vorlage 3631/2022)  
3631/2022/1
  - 5.3 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Stadt Köln zum 31.12.2020  
2636/2023
- 6 Mitteilungen**
  - 6.1 Rechtsgutachten zur Besetzung der Prüfer\*innen des RPA -  
Antwort der Bezirksregierung Köln  
1976/2023
  - 6.2 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln  
Rechnungsprüfungsausschuss 13.06.2023, TOP 6.5  
2249/2023
  - 6.3 Sponsoringrichtlinie - Aktualisierung  
Rechnungsprüfungsausschuss 06.12.2022, TOP 6.5  
2519/2023
  - 6.4 Nutzungsgebühren für städtisch untergebrachte Geflüchtete in  
Arbeitsverhältnissen  
2586/2023

- 6.5 Kulturförderabgabe – Zusätzliche Veranlagungen  
Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 14.2  
2622/2023
- 6.6 Sachstandsbericht zum "Prüfbericht  
Gesteigerte Kostensicherheit durch Risikozuschläge bei Baumaßnahmen"  
2849/2023
- 7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
- 8 Anfragen**
- 8.1 Stahlbauer MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln
- 8.2 Einrichtung von Radfahrstreifen im Stadtbezirk Porz
- 9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen  
am Offenbachplatz**
- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:  
31.05.2023  
1930/2023
- 9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:  
30.06.2023  
2361/2023
- 9.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:  
31.07.2023  
2766/2023

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 10.1 Unterbringung von Geflüchteten Anfrage von Werner Marx Rechnungsprü-  
fungsausschuss 09.05.2023, TOP 17.2  
1950/2023
- 10.2 Prüfbericht Objekt Stolberger Straße Anfrage von Werner Marx Rechnungs-  
prüfungsausschuss 09.05.2023, TOP 17.3  
1925/2023
- 10.3 Praktiker Baumarkt Porz-Eil Anfrage von Werner Marx Rechnungsprüfungs-  
ausschuss 09.05.2023, TOP 17.4  
1927/2023

- 10.4 Produktivsetzung des Baumkatasters  
Anfrage von Erika Oedingen  
Rechnungsprüfungsausschuss 06.12.2022, TOP 8.1  
0245/2023
- 10.5 Kulturtransporte Anfrage von Werner Marx  
Rechnungsprüfungsausschusses vom 13.06.2023, TOP 17.3  
2676/2023
- 11 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 12 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 13 **Beschlussvorlagen**
- 13.1 Prüfbericht Einführung und Aktualisierung technischer Regelwerke bei der Stadt Köln  
1521/2023
- 13.2 Prüfbericht Stadtweite Prüfung zum ordnungsgemäßen Einsatz von Tankkarten  
1765/2023
- 13.3 Prüfbericht Kostenentwicklung von Instandsetzungsmaßnahmen an Sportanlagen, 52/Sportamt  
2481/2023
- 13.4 Prüfbericht Sicherheitsdienstleistungen (dienststellenübergreifend)  
hier: Amt für öffentliche Ordnung - Karneval  
2408/2023
- 13.5 Prüfbericht Entstandene Kosten und das richtlinienkonforme Handeln im Rahmen von Wahlen bei 34/Bürgerdienste  
2581/2023
- 14 **Sachstandsberichte zu Prüfungen**
- 14.1 Prüfbericht Zahlungsabwicklung bei den Wohn- und Tagesgruppen von 5111 – Ki d S Rechnungsprüfungsausschuss 14.06.2022, TOP 13.3  
1707/2023
- 14.2 Prüfbericht Anmietung einer Liegenschaft in der Leonhard-Tietz-Str.  
Rechnungsprüfungsausschuss 14.06.2022, TOP 13.1  
1164/2022/1
- 14.3 Festsetzung und Erhebung der Kulturförderabgabe bei 21 - Steueramt  
Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 14.2  
2697/2023

- 14.4 Prüfung der Sozialversicherungsbeiträge der notärztlichen Honorare im Rettungsdienst bei der Feuerwehr Köln  
Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 15.9  
2650/2023
- 15 Mitteilungen**
- 15.1 Gemeinschaftliche Prüfung der Anwendung KDN.sozial - Fünfter Prüfbericht  
2132/2023
- 15.2 Evaluation der Richtlinie zur Anordnung von Über- und Mehrarbeitsstunden  
Nachfrage von Werner Marx  
Rechnungsprüfungsausschuss 08.11.2022, TOP 15.3  
2227/2023
- 15.3 Subventionsbericht zur Überlassung von Räumen / Immobilien aus dem Fiskalbesitz für soziale Einrichtungen 2022  
Fragen von Hans Schwanitz, Werner Marx und Sven Kaske  
Rechnungsprüfungsausschusses 09.05.2023, TOP 15.4.  
1879/2023
- 15.4 Mitteilung der Verwaltung über die bezahlten Über- und Mehrarbeitsstunden 2022  
Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 15.10  
2313/2023
- 15.5 Zwischenbericht zum Prüfbericht "Umstellung des städtischen Fahrzeug-, Maschinen- und Geräteparks auf alternative Antriebe sowie Umsetzungskonzepte zur Förderung der Elektromobilität (2022)"  
2480/2023
- 15.6 Prüfung von Beschaffungen unter Benutzung der Anwendung cMarket bei Dezernat III  
Frage von Gertraud Mittermaier  
Rechnungsprüfungsausschuss 13.06.2023, TOP 15.3  
2592/2023
- 15.7 Prüfung der Verwendung von Stellplatzablösemitteln  
Frage von Gertraud Mittermaier  
Rechnungsprüfungsausschuss 13.06.2023, TOP 15.4  
2328/2023
- 15.8 Schwerpunktprüfung Ausstellungs- und Veranstaltungsabwicklung bei der Kunst- und Museumsbibliothek in den Jahren 2017 und 2018  
Frage der SPD-Fraktion  
Rechnungsprüfungsausschuss 16.03.2021, TOP 13.1  
2550/2023

**16      Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**

**17      Anfragen**

17.1    Pilotprojekt: „Neugestaltung der Vergabeprozesse“

17.2    Richtlinie zur Rotation von Mitarbeiter\*innen in korruptionsgefährdeten Bereichen

17.3    Wochenmärkte



## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

### **3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Mehr Transparenz schaffen: Keine Geschäfte mit Firmen aus Steueroasen AN/1188/2023**

Laut Jörg Detjen bestehe Beratungsbedarf in allen Fraktionen.

Die Angelegenheit wurde **zurückgestellt**.

### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Es liegen keine Anfragen vor.

### **5 Beschlussvorlagen**

#### **5.1 Entwurf des Jahresabschlusses 2021 2386/2023**

Laut Ralf Klemm befinde man sich bei dem Thema Haushalt auf einem guten Weg. Bei den Jahresabschlüssen sei man ein Jahr zu spät, habe in den letzten Jahren aber eine zeitliche Verbesserung erzielt. Bei der Haushaltsaufstellung sei die rechtmäßige und ordnungsgemäße Einbringung gelungen. Dass das Ergebnis besser als der Ansatz in der Planung sei, hebt Ralf Klemm bezüglich der Haushaltsbewirtschaftung der Jahre 2020 und 2021 positiv hervor.

Prof. Dr. Dörte Diemert betont, dass man die besonderen Hilfen, die in den Jahren 2020 und 2021 geflossen seien, nicht außer Betracht lassen dürfe. Sie nimmt den Dank für das gute Krisenmanagement gerne mit.

#### **Beschluss:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das Jahr 2021 zur Kenntnis und beschließt gemäß § 59 in Verbindung mit § 102 der Gemeindeordnung NRW, das Rechnungsprüfungsamt mit der Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses 2021 zu beauftragen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

### **5.2 Kostenentwicklung bei Bauprojekten (ersetzt die von der Verwaltung zurückgezogene Vorlage 3631/2022) 3631/2022/1**

Die Angelegenheit wurde **zurückgestellt**.

### **5.3 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Stadt Köln zum 31.12.2020 2636/2023**

Auf die Bitte von Jörg Detjen hin, berichtet Christian Pansold, dass in der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 erstmalig umfänglich erhebliche Abweichungen zum Vorjahr in den Bilanz- und Ergebnisrechnungspositionen angeschaut und dahinterstehende Geschäftsvorfälle geprüft worden seien. Diesbezüglich ziehe Christian Pansold ein positives Fazit. Die umfangreichen Sachverhalte seien im Jahresabschluss konkret dargestellt und gut dokumentiert.

Bisher seien die Prüfenden direkt an die Verwaltung herangetreten, um Fragen zu klären und Unterlagen zu erhalten. Der Rücklauf sei in Teilen verbesserungswürdig. Seit diesem Jahresabschluss könne das Rechnungsprüfungsamt die Stelle Koordination Jahresabschlussprüfung bei 20/Kämmerei nutzen und Fragen und Anforderungen von prüfungsrelevanten Unterlagen an diese richten. 20/Kämmerei hole die Informationen ein und erhalte dadurch die Möglichkeit, die Unterlagen aus der Verwaltung qualitätszusichern. Die Erfahrungen mit dem Verfahren seien sehr gut. Die außerordentliche Unterstützung der Mitarbeitenden von 20/Kämmerei verhindere noch längere Prüfungszeiträume. Nach einer statistischen Auswertung der aus Dokumentationszwecken nachgehaltenen Rückmeldezeiträume der Verwaltung, seien diese mit durchschnittlich 29 Arbeitstagen weiterhin sehr lang. Maßgeblich für die Auswertung sei der Zeitraum zwischen der ersten Anforderung von prüfungsrelevanten Unterlagen und dem Zeitpunkt, zu dem mit der Prüfung begonnen werden konnte, gewesen.

Christian Pansold weist darauf hin, dass die Verwaltung in einigen Prüffeldern nicht alle prüfungsrelevanten Unterlagen zur Verfügung stellen konnte. Im Prüffeld „Skonto“ seien auch nach zwei Stichproben nicht ausreichend Unterlagen vorgelegt worden, sodass eine betragsmäßige Betrachtung der Skontoverluste bei der Stadt Köln nicht vorgenommen werden konnte. Die Prüfung habe aufgezeigt, dass es der Verwaltung auch im Erstellungsprozess zum Jahresabschluss schwerfalle, 20/Kämmerei notwendige Unterlagen und Informationen zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2020 seien Bilanzpositionen im Volumen von fast 99 Millionen Euro im Erstellungsprozess nicht mit hinreichender Sicherheit belegt worden. Diese Entwicklung und die langen Rückmeldezeiträume der Verwaltung, bereiteten Christian Pansold im Hinblick auf zukünftige Jahresabschlüsse Sorge. Unter Federführung des Dezernats II/Finanzen und Recht sowie des Rechnungsprüfungsamtes fänden intensive Gespräche auf verschiedenen Ebenen statt, um den Problemfeldern schnellstmöglich mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen.

Aus den vergangenen Jahren beschäftigten das Rechnungsprüfungsamt insbesondere die Themen Straßenvermögen, Grundstücke und Inventuren, die weiterhin einer uneingeschränkten Testierung des Jahresabschlusses entgegenstünden. Aktuell lägen dem Rechnungsprüfungsamt Grundsatzverfügungen hierzu vor und man befinde sich in einem engen Austausch mit der Verwaltung.

Prof. Dr. Dörte Diemert führt aus, dass es eine Reihe von Themenfeldern gebe, die in Teilen auch mit der Komplexität und der Größe der Stadtverwaltung sowie den Informationsschnittstellen zusammenhängen. Der Jahresabschluss sei eine Herausforderung für alle Beteiligten. Die Finanzbuchhaltung, die eine zentrale Koordinationsaufgabe wahrgenommen habe, sei besonders gefordert. Prof. Dr. Dörte Diemert bedankt sich bei den Kolleg\*innen der Finanzbuchhaltung und dem Rechnungsprüfungsamt. Sie sei froh, dass Themen bei Bedarf in einem konstruktiven Dialog aufgearbeitet würden. Die Verwaltung habe deswegen von einer Stellungnahme abgesehen. Einige Themen werde man detaillierter mit dem Rechnungsprüfungsamt betrachten.

Gewisse Verzögerungen bei der Vorlage resultierten daraus, dass Erkenntnisse aus der letzten Prüfung aufgegriffen und umgesetzt und dafür Arbeiten an den weiteren Jahresabschlüssen zurückgestellt worden seien. Die Doppelarbeiten aufgrund der gleichzeitigen Erstellung mehrerer Jahresabschlüsse, forderten alle Beteiligten aus der Finanzbuchhaltung, den Fachdienststellen und dem Rechnungsprüfungsamt. Das Ziel sei wieder in einen regulären Zeitraum der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses zu kommen. Prof. Dr. Dörte Diemert sei optimistisch, dass man zu einem Regelprozess zurückkommen und offene Grundsatzfragen einer vernünftigen Lösung zuführen könne.

Jörg Detjen bedankt sich im Namen des Rechnungsprüfungsausschusses für die zufriedenstellende Arbeit von 20/Kämmerei und dem Rechnungsprüfungsamt.

Hans Schwanitz erkundigt sich, ob es bezüglich des Sonderfalls der Corona-Abschreibungen auch in anderen Kommunen Diskussionen gibt, ob dort die gleichen Fragestellungen aufkommen und wie diese beantwortet werden.

Werner Marx rügt die Kurzfristigkeit der Vorlage. Er hofft, dass die offenen Punkte sukzessive abgearbeitet werden.

Erika Oedingen schließt sich dem Hinweis auf den späten Vorlagezeitpunkt an. Die Themen mit Nachbesserungsbedarf werde sie weiterverfolgen.

Die heutige Beschlussfassung sei wichtig, um den Überschuss von 200 Millionen Euro in das laufende Verfahren einbuchten zu können, erläutert Jörg Detjen.

Ihren Ausführungen zu den Corona-Abschreibungen stellt Prof. Dr. Dörte Diemert eine grundsätzliche Bemerkung voran. Die Verpflichtung des Gesetzgebers Corona-Belastungen zu identifizieren und auszubuchen, stelle einen massiven Eingriff in die Buchungssystematik des kommunalen Finanzmanagements dar. Kommunen würden dazu verpflichtet, Aufwendungen zu isolieren und diesen Aufwendungen einen außerordentlichen Ertrag gegenüberzustellen, den es nicht gebe. Damit würden Belastungen aus dem Haushalt gebucht, obwohl sie bestünden. Im Hinblick auf die Klarheit, Transparenz und Haushaltswahrheit sei das ein Ärgernis. Die Stadt Köln sei deswegen restriktiv mit der Corona-Bilanzierung umgegangen. Prof. Dr. Dörte Diemert habe mit der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen und anderen Kommunen verifiziert, dass andere Kommunen deutlich großzügiger mit der Bilanzierung von Corona-Belastungen umgingen, so weit, dass bestimmte Personalkosten pauschal als Corona-Belastung genommen und isoliert worden seien. Das „Wegbuchen“ durch die Corona-Bilanzierung verschleierte die tatsächliche Finanzlage. Prof. Dr. Dörte Diemert will dafür sensibilisieren, dass sich die eigentliche Haushaltslage nach dem ordentlichen Ergebnis ohne die Corona-Entlastungen und den außerordentlichen Ertrag richte. Sowohl im Jahr 2020, als auch 2021, sei es gelungen auch ohne Corona-Bilanzierung schwarze Zahlen zu präsentieren.

Trotzdem nehme Prof. Dr. Dörte Diemert die Hinweise ernst und befinde sich darüber im Austausch. Gegenüber dem Land habe sie kommuniziert, dass mehr Klarheit bei

der Handhabung der Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)-Bilanzierungshilfe von Seiten des Landes wünschenswert gewesen wäre.

Da sich der Rat in der Sitzung am 07.09.2023 parallel zu dem Jahresabschluss 2020 mit der Ergebnisverwendung befassen werde, weist Prof. Dr. Dörte Diemert darauf hin, dass die Verwaltung vorschlage, die komplette Höhe des Überschusses, der auf die Corona-Bilanzierung entfällt, direkt der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Man würde dadurch vorsorgen, diese Belastungen auch beim Eigenkapital auszuweisen und entsprechende Abschreibungen in den Folgejahren sicherzustellen. Die Stadtverwaltung gehe mit den sogenannten Corona-Belastungen verantwortungsvoll um.

Bezüglich der im Prüfbericht auf den Seiten 28 bis 31 thematisierten Bearbeitung der Fördermittel, müsse die Verwaltung schnell agieren, bringt Jörg Detjen vor. Es sei nicht tragbar, dass die Stadt Köln mögliche Landes-, Bundes- oder europäische Fördermittel nicht gezielt ausschöpfe. Nach Jörg Detjens Informationsstand, sei die Stelle der Leitung der Stabstelle Fördermittelmanagement gerade ausgeschrieben und weiteres Personal nicht vorhanden. Jörg Detjen bittet die Verwaltung um eine diesbezügliche Auskunft. Er sei davon ausgegangen, dass es seit 2020 eine Stabsstelle gibt, die sich intensiv mit Fördermitteln auseinandersetzt.

Prof. Dr. Dr. Diemert verweist auf die Darlegungen im Prüfbericht. Das Fördermittelmanagement sei ein wichtiges Thema und eine entsprechende Stelle geschaffen worden.

Die auf Seite 33 des Berichtes dargelegte Durchbrechung des Vieraugenprinzips könne man nicht dulden, findet Jörg Detjen und schlägt daher eine Kampagne unter den Mitarbeitenden vor, um das Thema in die Verwaltung zu tragen.

Das Dezernat II/Finanzen und Recht werde sich dem Punkt Vieraugen-Prinzip intensiver widmen, sagt Prof. Dr. Dörte Diemert zu.

Jörg Detjen findet es unbefriedigend, dass die Stadtverwaltung bei dem auf Seite 51 angesprochenen Risikomanagement nicht weiterkomme. Er würde es begrüßen, wenn die Gesamtverwaltung einfache Prinzipien nutzte wie zum Beispiel der Stadtwerke Köln Konzern.

Volker Görzel schließt sich den Erwägungen an und hofft, dass es nächstes Jahr keiner Dringlichkeit bedarf.

Sven Maier hebt die konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und der Verwaltung positiv hervor.

Zum Thema Risikomanagement führt Prof. Dr. Dörte Diemert aus, dass es für einen Gesamtüberblick der Chancen und Risiken einer Stadt wichtig sei, auch einen Gesamtrisikoblick zu etablieren. Der Blick sei bei einer Stadt, die extrem vielfältig aufgestellt ist und zahlreiche Aufgabenbereiche habe, deutlich vielseitiger als bei einem Stadtkonzern, der entsprechende Unternehmenszwecke verfolge und damit fokussierter auf die Unternehmensausrichtung sei.

Die Stadtverwaltung habe deutliche Fortschritte mit dem Risikomanagementsystem gemacht. Im Verwaltungsvorstand habe man sich am 05.09.2023 in zweiter Lesung intensiv mit dem Chancen-Risiko-Dialog und mit Risikomatrixen beschäftigt. Prof. Dr. Dörte Diemert tausche sich mit der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen und anderen Kommunen darüber aus, welche Ansätze es gibt, um den vielfältigen Chancen und Risiken der Stadt möglichst gerecht zu werden. Ein Risikomanagement müsse im täglichen Geschäft funktionieren und zu möglichst aktuellen Stichtagen einen Überblick über die Chancen und Risiken geben, um einen Mehrwert für die Steuerung der Stadt zu bieten.

### **Beschluss:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt gemäß § 59 Abs. 3 S. 4 GO NRW auf der Grundlage des Prüfberichts des Rechnungsprüfungsamtes vom 16.08.2023 nach eingehender Beratung vom heutigen Tage zum Ergebnis der Jahresabschlussprüfung der Stadt Köln zum 31.12.2020 wie folgt Stellung:

- Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes und dem darin gemäß § 102 Abs. 8 GO NRW erteilten eingeschränkten Bestätigungsvermerk zum vorliegenden Jahresabschluss an. Darüber hinaus billigt er den geprüften Jahresabschluss 2020 einschließlich des beigefügten Lageberichtes nach § 59 Abs. 3 S. 5 GO NRW.
- Er empfiehlt dem Rat, die Verwaltung mit der Beseitigung der im Prüfbericht beschriebenen Mängel zu beauftragen.
- Ferner fordert der Rechnungsprüfungsausschuss die Verwaltung auf, die bisherige, im halbjährlichen Rhythmus vorgelegte Mitteilung „Eingeschränkte Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse 2011 bis 2014“ (Vorlagen-Nr.: 0689/2022) um die Feststellungen des Berichtes zum Jahresabschluss 2020 zu ergänzen.
- Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und die Entlastung der Oberbürgermeisterin gemäß § 96 Abs. 1 GO.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Rechtsgutachten zur Besetzung der Prüfer\*innen des RPA - Antwort der Bezirksregierung Köln 1976/2023**

Die vorliegende Stellungnahme der Bezirksregierung Köln sei vage, merkt Jörg Detjen an.

Erika Oedingen bekräftigt die Einschätzung und bittet die Verwaltung um eine Interpretation.

Auf die Frage von Erika Oedingen, ob es ein Gesamtgutachten der Bezirksregierung Köln gebe, antwortet Pia Gies, dass 01/Amt der Oberbürgermeisterin die Beantwortung der Bezirksregierung Köln vollständig vorgelegt habe.

Auch Hans Schwanitz bittet die Verwaltung, sowie das Rechnungsprüfungsamt, um eine Deutung der Stellungnahme. Teilweise könne man keine eindeutige Rechtsauffassung zu den vorgelegten Fragen entnehmen.

Pia Gies teilt mit, dass die Stadtverwaltung die Stellungnahme ihrer Aufsicht nicht kommentiere, sondern zur Kenntnis nehme und sich daran halte. Pia Gies sehe keinen Widerspruch zu dem was die Bezirksregierung Köln im November 2022 mitgeteilt habe und was als Anlage zu der Vorlage zur Rechnungsprüfungsordnung beigefügt wurde.

Der Rat bestelle auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes alle Prüfenden, erläutere Jörg Detjen. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung die Meinung der Bezirksregierung Köln teile, dass alle Prüfenden des Rechnungsprüfungsamtes und auch die stellvertretende Amtsleitung vom Rat ausgewählt und bestellt werden.

Pia Gies entgegnet, sie entnehme der Stellungnahme, dass die Prüfenden und die Leitung vom Rat bestellt werden. An mehreren Stellen werde ausgeführt, die Leitung sei die Amtsleitung und nicht die Stellvertretung.

Den letzten Satz zur zweiten Frage in der Antwort der Bezirksregierung Köln, nachdem „Eine Ausweitung der Kompetenzen auf die Bestellung und Abberufung der stellvertretenden Leitung der örtlichen Rechnungsprüfung [...] demnach nicht durch den Gesetzgeber vorgesehen [ist]“, interpretiere Pia Gies so, dass die Gemeindeordnung das nicht vorsehe, es über die Gemeindeordnung hinausgehe und nicht mit dieser konform sei. „Ist nicht vorgesehen“ heiße nach Pia Gies Auffassung, „ist nicht durch die Gemeindeordnung gedeckt“.

Jörg Detjen möchte wissen, welche Auswirkungen es habe, wenn die stellvertretende Amtsleitung nicht zum/zur Prüfenden bestellt würde.

Da die Antwort der Bezirksregierung Köln in mehrere Richtungen interpretiert werden könne, schlägt Hans Schwanitz vor, die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten im Nachgang der Sitzung auch mit der Verwaltung noch mal auszutauschen und schriftlich zu bearbeiten.

Das Thema werde im Rechnungsprüfungsausschuss nochmal aufgegriffen, hält Jörg Detjen fest.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6.2 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln Rechnungsprüfungsausschuss 13.06.2023, TOP 6.5 2249/2023**

Einem Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 05.09.2023 über die Zweckentfremdung von Wohnraum in New York, habe Jörg Detjen entnommen, dass man dort ausschließlich persönlich jemanden unterbringen dürfe.

Erika Oedingen bedankt sich für die Detailtiefe des Berichtes, wie der Wohnraum in Köln genutzt wird. Da es an Personal mangle, um die Materie noch tiefer zu beleuchten, hoffe sie auf weitere Personalzusetzungen.

Für den nächsten Bericht, bittet Erika Oedingen, um eine Darstellung der Zahlen in einer Zeitreihe.

Jörg Detjen schließt sich der Bitte nach Vergleichszahlen an, um die Entwicklung nachvollziehen zu können.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6.3 Sponsoringrichtlinie - Aktualisierung Rechnungsprüfungsausschuss 06.12.2022, TOP 6.5 2519/2023**

Mit den vorgelegten Allgemeinen Rahmenbedingungen für Sponsoringleistungen im Bereich der Stadtverwaltung Köln (Sponsoringrichtlinie) und den angekündigten Änderungen ist Jörg Detjen einverstanden.

Erika Oedingen erkundigt sich, warum es für die Museen der Stadt Köln sowie für Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen noch eine Sonderregelung bei der Delegation der Unterschriften gebe.

Das ergebe sich aus den Besonderheiten des Eigenbetriebsrechts, klärt Dr. Lothar Becker auf. Für diese Bereiche gebe es eine eigene Zuständigkeitsregelung nach Eigenbetriebsrecht, nach der Eigenbetriebsverordnung und den jeweiligen Betriebsatzungen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **6.4 Nutzungsgebühren für städtisch untergebrachte Geflüchtete in Arbeitsverhältnissen 2586/2023**

Jörg Detjen erinnert daran, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in der letzten Wahlperiode intensiv über Nutzungsgebühren für städtisch untergebrachte Geflüchtete in Arbeitsverhältnissen beraten und sich mit Dezernat V/Soziales, Gesundheit und Wohnen darüber ausgetauscht habe. Der Ausschuss habe eine Nutzungsgebühr gewollt, weil die Stadt Köln dadurch einen zweistelligen Millionenbetrag einnehme. Nach der Vereinbarung der letzten Legislaturperiode sollten die Geflüchteten dadurch nicht belastet werden.

Auf Grundlage der alten Satzung hätten verschiedene Geflüchtete Mahnbescheide erhalten. Es gebe Fälle, bei denen sich Schulden nicht zahlungsfähiger Personen auf 16.000 Euro beliefen.

In der von der Verwaltung geplanten neuen Satzung sei das für zukünftige Fälle im Wesentlichen ausgeschlossen. Jörg Detjen fragt, ob eine Niederschlagung oder ein Erlass bei Altfällen möglich ist.

Werner Marx möchte wissen, um welchen Betrag es gehe.

Es gehe um Fälle aus den Jahren 2018 bis 2022, antwortet Jörg Detjen. Die Anzahl der Fälle und Höhe der Schulden sein nicht bekannt und müsse erfasst werden.

Jörg Detjen bittet um eine gemeinsame Mitteilung von Dezernat II/Finanzen und Recht und Dezernat V/Gesundheit, Soziales und Wohnen zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2023.

Prof. Dr. Dörte Diemert sieht die Zuständigkeit bei Dezernat V/Gesundheit, Soziales und Wohnen.

Im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren vertrete sowohl das Dezernat V/Soziales, Gesundheit und Wohnen, als auch 56/Amt für Wohnungswesen die Auffassung, dass die Stadtkämmerin die letztendliche Entscheidung treffen müsse, ob die Fälle niedergeschlagen werden können, merkt Jörg Detjen an.

Die Vorlage informiere maßgeblich über eine geplante Neukalkulation der Gebührensatzung, fasst Prof. Dr. Dörte Diemert diese zusammen. Gebührensatzungen würden den Gremien der Stadt Köln vorgelegt, da bei diesen eine Beratungs- und Beschlusspflicht durch den Rat bestehe.

Die Anregung zu Erlass und Niederschlagung sei der Vorlage nicht zu entnehmen, hält Prof. Dr. Dörte Diemert fest. Auch wenn es richtig sei, dass die Fachämter bei bestimmten Entscheidungen über große Summen die Stadtkämmerin einzubeziehen haben, liege die Federführung beim Dezernat V/Soziales, Gesundheit und Wohnen. Prof. Dr. Dörte Diemert sichert zu, die Anregung weiterzuvermitteln und mit dem zuständigen Fachamt zu besprechen. Eine Entscheidung werde sie nur in Kenntnis der Sachlage treffen. Es handele sich um ein originäres laufendes Verwaltungsgeschäft des Fachamtes.

Die Frage des Erlasses und der Niederschlagung sei auch zum Schutze der Mitarbeitenden gesetzlich sowie in klaren Dienstanweisungen geregelt, erläutert Prof. Dr. Dörte Diemert. Die Einhaltung der Regelungen würde von der Rechnungsprüfung deutlich eingefordert, da es um die Verwaltung von Finanzmitteln gehe.

Es gebe Möglichkeiten Forderungen zu erlassen beziehungsweise niederzuschlagen, die die Stadtverwaltung nutze, insbesondere wenn es um Härtefälle gehe. Die Regularien ermöglichten eine einzelfallgerechte Behandlung. Die Stadt Köln gehe damit sozialverträglich um. Die soziale Problematik sei der Verwaltung bewusst.

Die Möglichkeit einer Niederschlagung oder eines Erlasses, hänge von der Art der Fälle und den Volumina ab. In Abhängigkeit bestehender Wertgrenzen könne das Amt als solches entscheiden, bedürfe es einer Dezernentenentscheidung, der Mitzeichnung der Stadtkämmerin oder einer Entscheidung eines Gremiums. Die Verwaltung nehme die Anregungen mit.

Die Bitte von Erika Oedingen das Merkblatt für die betroffenen Personen in verständlicher Sprache zu formulieren, nimmt Prof. Dr. Dörte Diemert ebenfalls für die Verwaltung mit.

Zudem regt Erika Oedingen ein Zusammenwirken der Verwaltung und potentieller Arbeitgebenden von geflüchteten Menschen an, um Geflüchteten zu vermitteln, dass Mietzahlungen fällig werden, wenn sie arbeiten.

Volker Görzel erkundigt sich, ob die Verwaltung beabsichtigt, ein politisches Gremium über die Gesamtzahl und -höhe der Forderungen zu informieren.

Prof. Dr. Dörte Diemert sichert eine Weitergabe der Frage an das Dezernat V/Soziales, Gesundheit und Wohnen zu.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **6.5 Kulturförderabgabe – Zusätzliche Veranlagungen Rechnungsprüfungsausschuss 21.03.2023, TOP 14.2 2622/2023**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt**.

#### **6.6 Sachstandsbericht zum "Prüfbericht Gesteigerte Kostensicherheit durch Risikozuschläge bei Baumaßnahmen" 2849/2023**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt**.

### **7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.



## **8 Anfragen**

### **8.1 Stahlbauer MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln**

Da das von der Stadt Köln gekündigte Stahlbauunternehmen nach Feststellungen des aktuell tätigen Stahlbauunternehmens fehlerhaft gearbeitet habe, möchte Erika Oedingen wissen, ob Regressansprüche der Stadt Köln bestehen.

Laut Wolfgang Behrisch prüfe 26/Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Regressansprüche und stelle diese im Einzelnen auf.

### **8.2 Einrichtung von Radfahrstreifen im Stadtbezirk Porz**

Werner Marx bittet um Auskunft, warum der in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.09.2022 unter Tagesordnungspunkt 3.1 (Vorlage 3835/2021 „Planungsbeschluss zur Einrichtung von Radfahrstreifen auf der Kölner Straße und Hauptstraße im Stadtbezirk Porz zwischen den Knotenpunkten Kölner Str./Berliner Str./Helenenstr. und Hauptstr./Friedrich-Ebert-Ufer“) gefasste Beschluss nicht umgesetzt werde.

Es gebe dazu einen Flyer und eine Befragung mit drei Varianten, die nicht der Beschlusslage entsprächen. Werner Marx möchte wissen, wie die Verwaltung mit einem nicht dem Beschluss entsprechenden Ergebnis umgehe.

## **9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**

### **9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 31.05.2023 1930/2023**

### **9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 30.06.2023 2361/2023**

### **9.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 31.07.2023 2766/2023**

Aus dem Monatsbericht Mai hebt Bernd Streitberger hervor, dass entschieden wurde, die Fehler an der Klinkerfassade weitgehend zu beheben. Die Arbeiten werden sehr sorgfältig ausgeführt.

Der Beschluss für die Möblierung des Offenbachplatzes, nach vorliegender Planung, sei vom Betriebsausschuss Bühnen gefasst worden. Die Teilnahmeanträge zu dem europaweiten Teilnahmewettbewerb aus 2018 würden am 11.09.2023 ausgewertet und die teilnehmenden Betriebe anschließend eingeladen.

Im Monatsbericht Juni sei die Risikodarstellung umgestellt worden. In den vergangenen Jahren habe man die Risiken mit den Chancen verrechnet. Mittlerweile seien die Risiken nur noch geringfügig höher als die Chancen, die man über die mögliche Erstattung durch die Versicherung definiere. Bei der nächsten Risikobewertung wäre

ohne die Auflösung der Gegenrechnung im Saldo ein positiver Risikoeffekt entstanden.

Der auch im Monatsbericht Juli aufgeführte monatliche Baufortschritt, belaufe sich aktuell auf durchschnittlich 6 bis 7 Millionen Euro monatliche Ausgaben.

Es gebe weiterhin nicht unerhebliche Koordinationsprobleme zwischen den verschiedenen Objektüberwachungen. Bereiche würden teilweise von der Haustechnik für den Ausbau freigegeben, bedürften während des Ausbaus aber nochmal einer Nacharbeit durch die Haustechnik. Diese Problematik müsse noch vollständig abgestellt werden.

Man liege im Monatsbericht Juli mit den monatlich fortgeschriebenen prognostizierten Kosten 2,5 Millionen Euro über dem Budget. 117 Millionen Euro, die noch nicht ausgegeben worden seien, stünden noch zur Verfügung. 37 Millionen Euro des Budgets seien noch nicht in Verpflichtungen gebunden. Die fortgeschriebenen Kosten würden im September nochmal weitgehend verifiziert.

Bernd Streitberger weist auf den Termin für die Besichtigung der Baustelle am 14.11.2023 für die Ausschussmitglieder hin.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n  
Ausschussvorsitzender

gez. Naiga Ngawanzu  
Schriftführerin